

Editorial aus dem Präsidium



Sehr geehrte BÖP-Mitglieder!
Sehr geehrte Damen und Herren!

PsychologInnen können Versorgungslücken im Gesundheitssystem schließen

Jeder zehnte Mensch weltweit leidet an Depressionen oder Angstzuständen. Das besagt die aktuelle Studie der WHO¹⁾ *Scaling-up treatment of depression and anxiety: a global return on investment analysis*. Psychische Erkrankungen haben nicht nur menschliches Leid zur Folge, sondern wirken sich auch negativ auf die Volkswirtschaften aus. Durch Fehlzeiten und Produktionsausfälle entstehen betroffenen Ländern weltweit jährlich Kosten von rund 900 Milliarden Euro, ergab eine Berechnung der WHO. Den präventiven Lösungsansatz sieht die WHO in der Erhöhung finanzieller Mittel, um die psychische Gesundheitsversorgung für alle Betroffenen zu verbessern, um so die Folgekosten zu minimieren. Nur ein investierter Dollar könnte die Gesundheit der Betroffenen verbessern, die in Folge verbesserte Arbeitsfähigkeit brächte einen Nutzen von vier Dollar, so die WHO-Studie.

Auch in Österreich wird ein Ansteigen psychischer Erkrankungen festgestellt. So hat die im Frühjahr dieses Jahres präsentierte IHS-Studie²⁾ *Invaliditätspensionen aufgrund psychischer Erkrankungen* gezeigt, dass die Zahl der BezieherInnen von Invaliditätspensionen aufgrund psychischer Erkrankungen weiterhin ansteigen wird. Derzeit haben 26 % der unbefristeten Invaliditätspensionen bei Männern psychisch bedingte Ursachen, bei Frauen sind es 48 %. Bei befristeten Invaliditätspensionen sind bei Männern 57 % und bei Frauen sogar 69 % der Bezüge auf psychische Faktoren zurückzuführen.

Hier können speziell ausgebildete ArbeitspsychologInnen den Bereich der Prävention von arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen abdecken. Mit Hilfe arbeitspsychologischer Methoden werden psychische Krankheitssymptome rascher und frühzeitig erkannt, ein erfolgreiches Konfliktmanagement kann rechtzeitig implementiert oder Stressfaktoren können vermieden werden. Statt teure Krankenstandstage zu bezahlen sollte es möglich sein, präventive Maßnahmen zu finanzieren, die wesentlich günstiger sind und das Gesundheitssystem entlasten.

Besonders prekär ist jedoch die Situation bei psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen. Auf diesen Versorgungsnotstand weist der Berufsverband Österreichischer PsychologInnen bereits seit vielen Jahren hin. 2009 haben wir gemeinsam mit dem Sozial- und Ge-

sundheitsforum das Bundesministerium für Gesundheit und den Hauptverband Österreichischer Sozialversicherungsträger auf die Versorgungslücken im Kinder- und Jugendbereich³⁾ hingewiesen.

Um die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit psychologischen Leistungen zu verbessern, haben wir in allen Gesprächen mit politisch Verantwortlichen in den letzten Wochen – wir haben in unseren Aussendungen darüber berichtet – folgende Forderungen gestellt und mit zahlreichen Unterlagen untermauert.

- Aufnahme der klinisch-psychologischen Behandlung in das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz
- Aufnahme eines klinisch-psychologischen Diagnostikgespräches in den Mutter-Kind-Pass
- Aufnahme einer ausführlichen klinisch-psychologische Diagnostik in den Mutter-Kind-Pass im Anlassfall
- Definitive Verankerung der Arbeits- und OrganisationspsychologInnen im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) als dritte Berufsgruppe der Präventivfachkräfte

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Präsidium

Mag. Dr. Sandra M. Lettner
Präsidentin

Mag. Veronika Holzgruber
Vizepräsidentin

PhDr. Dr. Cornel Binder-Krieglstein
Vizepräsident

¹⁾ WHO-Studie: *Scaling-up treatment of depression and anxiety: a global return on investment analysis* Lancet Psychiatry 2016; 3: 415–24, Published Online, April 12, 2016, [http://dx.doi.org/10.1016/S2215-0366\(16\)30024-4](http://dx.doi.org/10.1016/S2215-0366(16)30024-4)

²⁾ IHS-Studie: Institut für Höhere Studien (IHS), Februar 2016, http://irihs.ihs.ac.at/3886/1/Bericht_IPensionen_final.pdf

³⁾ „Weißbuch der Österreichischen Sozialpolitik“ des Sozial- und Gesundheitsforums, 2009